

CDU fordert Transparenz: Klinikgutachten für neues Zentralkrankenhaus!

Die CDU-Fraktion in Friesland fordert die Veröffentlichung der Gutachten zum geplanten Neubau eines Zentralklinikums zur Sicherung der Gesundheitsversorgung.



Wilhelmshaven, Deutschland -

Die CDU-Fraktion im Kreistag Friesland hat die Veröffentlichung der Gutachten zum möglichen Neubau eines Zentralklinikums gefordert. Der Fraktionsvorsitzende Dirk Zillmer betonte das Recht der Öffentlichkeit auf umfassende Informationen über die Entscheidungsgrundlagen des Kreistags. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit einer Mitteilung der Mehrheitsgruppe, die den Neubau des Zentralklinikums unterstützen möchte. Zudem fordert die CDU eine zügige Umsetzung der in den

Gutachten genannten Einsparpotenziale durch die Geschäftsführung der Friesland Kliniken.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Axel Homfeldt äußerte Kritik an dem möglicherweise zu weitgehenden politischen Einfluss auf geschäftliche Vorgänge im Bereich der Krankenhausversorgung. Wie **myDRG** berichtete, wurden am 7. April 2025 die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Friesland Kliniken und des Klinikums Wilhelmshaven vorgestellt. Diese Studie, die vom Beratungsunternehmen WMC im Auftrag der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland erstellt wurde, hat das Ziel, die Zukunftsfähigkeit der medizinischen Versorgung in der Region zu sichern.

Details zur Machbarkeitsstudie

Die Machbarkeitsstudie untersuchte verschiedene Varianten, darunter die Optimierung der bestehenden Strukturen mit drei Krankenhäusern (Friesland Kliniken in Varel und Sande sowie das Klinikum Wilhelmshaven), den Betrieb von zwei Standorten durch zwei Klinikgesellschaften in Sande und Wilhelmshaven, sowie die Neuplanung auf einem unbebauten Grundstück in der Region. Die Kriterien der Untersuchung umfassten Wirtschaftlichkeit, regionale Versorgungssicherheit, medizinische Leistungsfähigkeit und Infrastruktur.

Die Empfehlung der Studie lautet, ein neues Klinikum an einem noch festzulegenden Standort zu errichten. Dieses Vorgehen würde eine Maximierung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und eine Optimierung der Versorgungsstrukturen ermöglichen, was zu kurzen Wegen und zentralen Leistungsangeboten führen könnte. Das Einsparpotenzial bei einem neuen Standort wird auf über 30 Millionen Euro geschätzt, im Vergleich zu rund 8 Millionen Euro bei der Beibehaltung mehrerer bestehender Standorte. Die Verantwortlichen warnen, dass die zu erwartenden Kosten in den kommenden Jahren nicht gedeckt werden können, wenn die bestehenden Standorte weiterhin betrieben werden.

Landrat Sven Ambrosy und Oberbürgermeister Carsten Feist betonten die Notwendigkeit einer umfassenden Diskussion und Prüfung aller Optionen. Die Inhalte der Studie sollen in den nächsten Wochen in politischen Gremien weiter beraten werden, während eine geplante Diskussion der Varianten im Niedersächsischen Gesundheitsministerium Ende April 2025 stattfinden soll. Hintergrund dieser Maßnahmen ist das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), das im Winter 2024 in Kraft trat und eine effiziente Krankenhausversorgung und flächendeckende medizinische Versorgung zum Ziel hat.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Wilhelmshaven, Deutschland
Quellen	• www.radio-jade.de • www.mydrg.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de